

Eine Frage der Gerechtigkeit

Straßenausbaubeiträge bleiben politischer Zankapfel / Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für Abschaffung

Von Herbert Frauen

GLÜCKSTADT Eigentlich war die Abschaffung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen schon beschlossene Sache. Auf der vorhergehenden Sitzung des Hauptausschusses hatten alle vier Fraktionen sich für die Abschaffung ausgesprochen. Als es aber nun während der jüngsten Sitzung um den Erlass einer Ausbaubeitragsatzung ging, entflammte erneut eine heftige Grundsatzdebatte über die Finanzierung.

Krafft-Erik Rohleder (CDU) gab zu bedenken, dass es eine Frage der Gerechtigkeit sei, wie man den Straßenausbau finanzieren muss. „Grundsätzlich haben wir nichts gegen eine Reduzierung der Ausbaubeiträge, aber wie kriegen wir die Finanzierungslücke geschlossen?“ Er wies darauf hin, dass viele kostenträchtige Aufgaben durch die Projekte der sozialen Stadt, Pflege, Kinderbetreuung und Inklusion auf den Haushalt zukämen. „Wenn wir keine Straßenausbaubeiträge mehr erheben, fehlen uns jährlich etwa 100 000 Euro.“ Der Haushaltsentwurf für das nächste Jahr weise einen hohen Fehlbetrag aus. „Wir können uns Einnahmeausfälle nicht leisten. Die Alternative ist eine deutliche Anhebung der Grundsteuern. Ist das gerecht?“ Eine Reduzierung um 50 Prozent wäre für die CDU-Fraktion vorstellbar, bis klar ist, wie viel zusätzliches Geld durch das Finanzausgleichsgesetz tatsächlich vom Land kommt.

Siegfried Hansen (BfG) hielt dagegen: „Wir haben die Abschaffung beschlossen, und wir können es uns auch leisten. Wir werden vom Land zusätzliche Mittel be-



Krafft-Erik Rohleder (CDU) macht sich Sorgen um die Finanzen der Stadt.

kommen und die Kreisumlage sinkt.“ Scharf griff er in dem Zusammenhang Bürgermeisterin Manja Biel an. Sie hatte in einer Veröffentlichung zu bedenken gegeben, dass das Land die Finanzierungslücke nicht vollständig ausgleichen wird. Sie schränkte dabei ein, dass die

„Die Alternative ist eine deutliche Anhebung der Grundsteuern.“

Krafft-Erik Rohleder
CDU

Ausbaubeiträge abgeschafft werden sollten, wenn die Stadt es sich leisten könne. Siegfried Hansen wertete das als politisches Einmischen. „Es geht darum, wer hier Politik macht. Der Hauptausschuss ist der Dienstvorgesetzte der Bürgermeisterin und die Verwaltung muss loyal gegenüber der Politik sein.

Die Bürgermeisterin macht hier Politik – ich bin enttäuscht.“

Bürgermeisterin Manja Biel stellte klar: „Der Beitrag ist als Kolumne erschienen, in der man auch mal freier argumentieren kann. Klar ist doch, dass eine Finanzierungslücke entsteht, und wir müssen es uns leisten wollen und auch leisten können. Es ist eine Sache des Abwägens und natürlich hat die Stadtvertretung das letzte Wort.“

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Nachtrag zur Ausbaubeitragsatzung mit sieben Ja- und vier Nein-Stimmen beschlossen. Danach entfällt die Beitragspflicht für Maßnahmen, die ab Januar 2018 entstanden sind. Den endgültigen Beschluss muss die Stadtvertretung fassen.

Um die Finanzen ging es auch im nächsten Beratungspunkt. Die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer



Siegfried Hansen (BfG) ist für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

FOTOS: FRAUEN

werden angepasst. Im ersten Haushaltsentwurf für 2019 ist ein Fehlbetrag im Ergebnisplan von mehr als 2,5 Millionen Euro ausgewiesen. Krafft-Erik Rohleder: „Um bei unserem Minus im Haushalt Fehlbedarfszuweisungen vom Land zu bekommen, können wir nicht anders, als

„Wir haben die Abschaffung beschlossen und können es uns auch leisten.“

Siegfried Hansen
BfG

unsere Steuersätze auf die Nivellierungssätze des Landes anzuheben.“

Die Richtlinie zum kommunalen Bedarfsfonds des Landes sieht Hebesatzerhöhungen bei der Grundsteuer A von 370 auf 380 Prozent vor, bei der Grundsteuer B von 390 auf 425 Prozent und bei der Gewerbesteuer

von 370 auf 380 Prozentpunkte. Krafft-Erik Rohleder legte noch mal nach: „Der Haushalt 2019 ohne Ausbaubeiträge wird eine Katastrophe. Wir tun keinem etwas Gutes, sondern holen allen das Geld aus der Tasche. Um den Fehlbetrag auszugleichen, beantrage ich, die Grundsteuer B auf 450 Prozent zu erhöhen.“ Das rief erneut Widerstand von Siegfried Hansen hervor: „Es geht hier nicht nur um Geld, sondern um eine Haltung. Der Straßenausbaugeschäft gehört zu den allgemeinen Aufgaben einer Kommune, die Kosten dafür müssen allgemein umgelegt werden.“

Am Ende wurde der CDU-Antrag mit drei gegen acht Stimmen abgelehnt und die Hebesätze zum nächsten Jahr mit 380 (Grundsteuer A), 425 Prozent (Grundsteuer B) und 380 Prozent (Gewerbesteuer) einstimmig beschlossen.